

bessere Investitionsvoraussetzungen; Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen und Einkommen; Entwicklung des ländlichen Raums, um der Landflucht entgegenzuwirken. Diese Ziele waren beeinflusst durch die wirtschaftlichen Zwänge angesichts der niedrigen Rohstoffpreise für die Entwicklungsländer sowie der Belastungen durch den Schuldendienst an die Industrieländer. Auch der Wirtschaftsgipfel der westlichen Industriestaaten (>G 7<) in Toronto im Juni 1988 unterstrich, wie wichtig es ist, niedrigere Zinssätze einzuräumen und die Tilgungszeit zu verlängern sowie den ärmsten Ländern die Schuldenlast zu streichen.

● Erstmals in der Geschichte der Regionalzusammenschlüsse trafen sich im Juli 1986 in Berlin die Chefs von Regionalorganisationen aus Afrika, Asien und Lateinamerika, zu denen Vertreter der fünf regionalen Wirtschaftskommissionen der Vereinten Nationen, der Europäischen Gemeinschaften, regionaler Entwicklungsbanken sowie von Industrie- und Handelskammern aus Übersee stießen. Der Erfahrungsaustausch machte deutlich, welch wichtigen Motor für die Gesamtentwicklung des Südens die Regionalzusammenschlüsse darstellen.

Die Geschichte der regionalen Zusammenarbeit von Entwicklungsländern ist noch jung. Zwanzig Jahre existieren Gemeinschaften wie ASEAN oder der Andenpakt. Andere Regionalorganisationen, wie die SADCC im südlichen und die CEACC im zentralen Afrika, konstituierten sich erst vor wenigen Jahren. Die meisten dieser Gemeinschaften sind gegründet worden in der Hoffnung, die Stufen der Unterentwicklung schneller und nachhaltiger zu überwinden. Durch die Süd-Süd-Partnerschaften sollen die nationalstaatliche Zerrissenheit einzelner Regionen und die Abhängigkeiten in Handel, Industrie, Technologie und Kapitalzufuhr gemildert werden. Die Forums-Runde bot die Möglichkeit, einerseits die Enttäuschungen zu erörtern, die angesichts anfänglich zu hochgesteckter Erwartungen nicht ausgeblieben waren, andererseits aber auch die Zukunft im Lichte erfolgreicher Beispiele zu sehen. Bei aller Unterschiedlichkeit der Konzeptionen, strukturellen Bedingungen und Integrationsentwicklungen wurde auch sichtbar, daß Vergleiche mit anderen Regionen die eigene Arbeit beeinflussen.³

● Einige weitere Beispiele für Gesprächsrunden des DSE-Forums aus der Entwicklungsstrategie:

- Nord-Süd-Symposium (in Zusammenarbeit mit der Brandt-Kommission),
- Wissenstransfer – Dialog und Fortbildung in einer gemeinsamen Zukunft;
- Integration maritimer Ressourcen in nationale Entwicklungsstrategien;

- Förderung der am wenigsten entwickelten Länder (LDC);
 - Flüchtlinge und Entwicklung;
- zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit:
- rechtliche und institutionelle Aspekte der Rohstoffversorgung;
 - Stabilisierung der Rohstoff-Exportertelose;
 - Welttextilabkommen;
 - GATT-Verhandlungen;
 - Vorbereitung der UNCTAD-Konferenzen;
 - Direktinvestitionen und Entwicklung;
 - Wettbewerbspolitik;
 - Verhaltenskodex für transnationale Unternehmen;
 - Mikroelektronik und Gesellschaft;
- zu den soziokulturellen Beziehungen:
- Entwicklung und Förderung menschlicher Ressourcen;
 - Kultur und Film;
 - kulturelle Entwicklung, Wissenschaft und Technik;
 - Tourismus und Entwicklung;
 - Medienpolitik;
 - Wohn- und Siedlungswesen;
 - Kirche und Wirtschaft.

Das Verzeichnis der Themen und Teilnehmer des Entwicklungspolitischen Forums von 1980 bis 1987⁴ gibt einen Querschnitt des zeitgenössischen und zeitgemäßen Politikdialogs; im Hinblick auf die Gäste liest es sich wie ein ›Who's who‹ der Entwicklungspolitik. ›Convening power‹ nach Berlin, der Ruf in die Stadt bleibt wirksam, wenn man der Unterstützung eines Partners wie der Vereinten Nationen sicher ist.

*

Das System der Vereinten Nationen hat sich im Bewußtsein der Welt gefestigt. Berlin hat seinen Platz darin, seit Ernst Reuter die Völker der Welt aufforderte, »auf diese Stadt zu schauen«, spätestens aber seit John F. Kennedys »Ich bin ein Berliner«. Eine interessante und gute Entwicklung findet statt.

Anmerkungen

- 1 Siehe auch Günther van Well, Berlin und die Vereinten Nationen, VN 5/1983 S.142ff.
- 2 UN-Dok.A/Res/S-13/2 v.1.6.1986. Siehe hierzu Konrad Melchers, Afrika: freiwillige und unfreiwillige ›Politikreformen‹, und Hans-Dietrich Genscher, Umfassendes Konzept zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme Afrikas, VN 3/1986 S.90ff. bzw. 102f.
- 3 Simba H. Makoni, Exekutivsekretär der Konferenz zur Koordinierung der Entwicklung im Südlichen Afrika (SADCC), kommentierte dieses erstmalige Zusammentreffen der Chefs der Regionalorganisationen beim Entwicklungspolitischen Forum so: »Es irritiert mich zwar, daß die DSE nach Berlin einladen muß, damit ich die Kollegen von ASEAN, ALADI und dem Arab Fund kennenlerne. Aber der Gedankenaustausch und die Möglichkeit, persönliche Kontakte zu knüpfen, haben die Tagung zum Erfolg gemacht.« (epi – entwicklungspolitische informationen, Nr. 7-8/1986)
- 4 Erhältlich beim Entwicklungspolitischen Forum der DSE, Villa Borsig, Reihewerder, D-1000 Berlin 27.

Kooperative Sicherheitspolitik im weltweiten Rahmen

Rede des Bundesaußenministers vor der 15. UN-Sondergeneralversammlung (6. Juni 1988)

HANS-DIETRICH GENSCHER

Herr Präsident! Ich habe die ehrenvolle Aufgabe, im Namen der zwölf Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft vor dieser Hohen Versammlung zu sprechen. Zunächst möchte ich Ihnen, Herr Präsident, zur Übernahme Ihres verantwortungsvollen Amtes gratulieren. Seien Sie versichert, daß wir Sie in der Erfüllung Ihrer wichtigen Aufgaben nach besten Kräften unterstützen werden.

Die Welt blickt mit Hoffnung und Erwartung auf diese dritte Sondergeneralversammlung, die der Abrüstung gewidmet ist. Sie findet statt vor dem Hintergrund ermutigender Fortschritte in den laufenden Abrüstungs- und Rüstungskontrollverhandlungen und verbesserter Beziehungen im West-Ost-Verhältnis. Wir Europäer begrüßen diese Fortschritte ohne alle Einschränkungen. Wir werden sie auch weiterhin mit Nachdruck fördern und unterstützen. Dabei haben für uns alle Elemente des militärischen Potentials – im nuklearen, im chemischen und im konventionellen Bereich – gleichermaßen höchste Bedeutung.

Bei den Reduzierungen im nuklearen Bereich ist der letzte Woche in Kraft getretene INF-Vertrag ein Meilenstein. Er markiert den Durch-

bruch von der Rüstungskontrolle hin zur wirklichen Abrüstung. Anstelle von Begrenzungen von Rüstungen auf hohem Niveau wird erstmals eine ganze Waffenkategorie beseitigt. Erstmals wird auch der Grundsatz asymmetrischer Reduzierung angewandt: wer mehr Waffen hat, muß auch mehr abrüsten. Ein weitreichendes kooperatives Verifikationsregime ist vereinbart worden. Eine Verringerung der nuklearen Waffenarsenale bleibt eine der wichtigsten Prioritäten. Die USA und die Sowjetunion tragen hier entscheidende Verantwortung.

Vom INF-Vertrag müssen wichtige Impulse für weitere Fortschritte bei Abrüstung und Rüstungskontrolle ausgehen. In drei wichtigen Bereichen laufen die Abrüstungsverhandlungen schon oder ihre Aufnahme steht unmittelbar bevor.

Erstens: Es geht um die Vereinbarung über die Halbierung der nuklearstrategischen Offensivpotentiale der UdSSR und der USA, auf die wir noch in diesem Jahr hoffen. Wir hoffen auf eine Lösung der Probleme, die sich bei der Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum stellen. Wir legen weiterhin größten Wert auf ein wirksames internationales Regime der Nichtverbreitung von Kernwaffen.

Zweitens: Bei den chemischen Waffen haben die Verhandlungen über ein weltweites Verbot ermutigende Fortschritte gemacht. Wie dringlich es ist, zu einem weltweiten Verbot zu kommen, haben die schrecklichen Meldungen vom Einsatz dieser grausamen Waffen im Golfkrieg deutlich gezeigt. Wir Europäer verurteilen ihren fortgesetzten Einsatz entschieden. Nachdrücklich unterstützen wir die Bemühungen der Genfer Abrüstungskonferenz um eine umfassende, wirksam verifizierbare C-Waffen-Konvention. Wir appellieren erneut an alle anderen hier vertretenen Staaten, sich dem anzuschließen. Wir sind überzeugt, daß bei gemeinsamen Anstrengungen alle noch offenen Fragen, auch die schwierigen, aber entscheidenden Verifikationsprobleme, in einer für alle akzeptablen Weise gelöst werden können.

Drittens: Auch bei den konventionellen Waffen sehen wir Europäer die drängende Notwendigkeit, zu Abrüstungsfortschritten zu gelangen. Konventionelle Abrüstung ist ein integraler und wichtiger Teil des gesamten Abrüstungsprozesses. Die Militärausgaben für konventionelle Waffen und Truppen belasten die soziale und wirtschaftliche Entwicklung der meisten Länder. Die Kriege, die in den letzten Jahren unter unsäglichem Leid in den verschiedenen Erdteilen geführt wurden, wurden mit konventionellen Waffen ausgetragen. Für Europa sehen wir die Herstellung von Stabilität auf niedrigerem Niveau der konventionellen Rüstungen als eine zentrale Aufgabe an, um das konventionelle Ungleichgewicht in Europa abzubauen. Wir treten nachdrücklich für den baldigen Beginn von Verhandlungen im Rahmen eines ausgewogenen Ergebnisses bei den Wiener Verhandlungen ein.

Wir appellieren aber auch an alle anderen Staaten in dieser Versammlung, die konventionelle Abrüstung und Rüstungskontrolle in Ihrer eigenen Region mit Vorrang anzugehen. Wir geben zu bedenken, ob nicht die in Europa eingeleitete Entwicklung, sowohl die konventionelle Rüstungskontrolle als auch vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen voranzutreiben, auch in anderen Regionen dieser Welt dazu ermutigen könnte, diese Probleme in Angriff zu nehmen.

Die dritte Sondergeneralversammlung findet zu einem günstigen Zeitpunkt statt. Die dynamische Entwicklung in der Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie der West-Ost-Beziehungen insgesamt zeigt, daß es möglich ist, den Rüstungswettlauf sichtbar umzukehren. Dieser erfolgreich in Gang gekommene Prozeß muß auch die multilaterale Abrüstungsdebatte stärker als bisher erfassen. Denn die konkreten Abrüstungsverhandlungen bedürfen bei all ihren spezifischen Eigenheiten der konstruktiven Begleitung und der weiterführenden Impulse durch die hier versammelte Staatengemeinschaft. Umgekehrt gilt aber auch, daß sich die globale Debatte über Abrüstungsfragen an den laufenden Verhandlungen orientieren muß. Wir müssen die Chancen dieses konstruktiven Parallelismus nutzen.

Die Vereinten Nationen müssen gemäß den Absichten und Prinzipien ihrer Charta eine zentrale Rolle in den Abrüstungsbemühungen spielen. Abrüstung und Rüstungskontrolle – Vertrauensbildung – konkrete Schritte zur Festigung der Sicherheit und des Weltfriedens: das werden in den nächsten Wochen die zentralen Themen dieser Sondergeneralversammlung sein.

Diese Sondergeneralversammlung hat sich wichtigen Herausforderungen zu stellen. Gewohnte Konzepte müssen neu überdacht, neue Konzepte müssen entwickelt werden. Ich meine damit auch Überlegungen darüber, wie die Rolle der Vereinten Nationen in diesem Bereich noch effizienter gestaltet werden kann. Das erfordert Mut, Sinn für das Machbare und Bereitschaft zur Herstellung des größtmöglichen Konsenses. Im Mittelpunkt unserer Beratungen muß die Einsicht stehen: Rüstungskontrolle und Abrüstung sollen mehr Sicherheit schaffen. Sie können den Weg zur dauerhaften Sicherung des Friedens und zur Verhinderung eines jeden Krieges, eines nuklearen ebenso wie eines konventionellen, bereiten.

Herr Präsident, die Zwölf erwarten sich von dieser Sondergeneralversammlung zunächst eine Standortbestimmung. Dabei sollten die Abrüstungsfortschritte der letzten Zeit gebührend gewürdigt werden. Ihnen muß weltweit Anerkennung verschafft werden. Aus ihnen müssen konkrete Schlußfolgerungen gezogen werden, um die Bemühungen zum Abbau internationaler Spannungen sowie bei Abrüstung und Rüstungskontrolle in allen relevanten Bereichen weiterzuführen und zu verstärken.

Wir Europäer erwarten uns von dieser Sondergeneralversammlung auch wichtige Impulse für die Weiterentwicklung der Konzepte für Vertrauensbildung, für wirksame Verifikation und für die Förderung von mehr Offenheit und Transparenz auf militärischem Gebiet. Hierbei kann, so glauben wir, an richtungweisende Entwicklungen im europäischen Rahmen angeknüpft werden. Für diese Versammlung werden Verifikationsfragen ein wichtiges Thema sein. Wirksame Verifikation ist eine Grundvoraussetzung für die Einhaltung jeder Rüstungskontrollvereinbarung. Jede Regelung muß dabei den konkreten, vertragsspezifischen Erfordernissen der jeweiligen Vereinbarung Rechnung tragen.

Wir hoffen, daß diese Versammlung sich, aufbauend auf der erfolgreichen Tätigkeit der Abrüstungskommission in diesem Jahr, auf konkrete Empfehlungen einigt. Die Beratungen können dabei auch an jüngste Entwicklungen in Europa anknüpfen. Hier haben die Stockholmer Konferenz, vor allem aber der INF-Vertrag Regelungen zum Durchbruch verholfen, die noch vor wenigen Jahren undenkbar gewesen wären. Es hat sich eine beeindruckende und nützliche Praxis der

gegenseitigen Inspektion militärischer Aktivitäten zwischen den 35 KSZE-Teilnehmerstaaten entwickelt. Sowjetische und amerikanische Inspektoren werden künftig die Einhaltung des INF-Abkommens vor Ort überprüfen. Damit hat sich eine neue Einsicht manifestiert: Verlässliche Verifikation ist notwendig und möglich. Verifikation schafft Vertrauen. Vertrauen entsteht auch durch mehr Transparenz und Offenheit auf militärischem Gebiet. Hier kommt den Vereinten Nationen eine wichtige Rolle zu. So ist das standardisierte Berichtssystem ein wichtiges Mittel, um Militärausgaben universell vergleichbar und damit transparenter als bisher zu machen. Die Zwölf beteiligen sich bereits jetzt ausnahmslos an diesem System. Wir appellieren erneut an alle anderen Staaten, sich ebenfalls daran zu beteiligen. Könnten die Vereinten Nationen nicht auch bei den weltweiten Waffenexporten und -importen das Dach für mehr Transparenz und Offenheit bilden?

Alle diese Überlegungen haben einen gemeinsamen Nenner: die Schaffung von mehr Vertrauen. Es muß jetzt darum gehen, das Netz der Vertrauensbildenden Maßnahmen weltweit weiterzuentwickeln und immer dichter werden zu lassen. Dabei sind regionale Ansätze von großer Bedeutung. Die Vereinten Nationen haben hier bereits auf Initiative der Bundesrepublik Deutschland wichtige Vorarbeit geleistet. Die UN-Abrüstungskommission hat sich vor wenigen Wochen auf einen Katalog von Richtlinien für Vertrauensbildende Maßnahmen geeinigt. Dieser Katalog kann nun endlich von der Generalversammlung verabschiedet und danach von den Staaten angewandt werden.

Herr Präsident, der wichtigste Beitrag, den die Zwölf für Frieden und Stabilität in der Welt leisten können, ist das, was wir auf unserem Kontinent tun. Jeden Krieg in Europa für immer zu verhindern und den Frieden dauerhaft zu sichern, Sicherheit durch politischen Dialog und Kooperation auf allen Gebieten zu gewinnen, die Menschen näher zueinander zu führen, die Menschenrechte zu verwirklichen – das ist die politische Philosophie der Schlußakte von Helsinki. Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, daß mehr Sicherheit und eine engere Zusammenarbeit zwischen den KSZE-Teilnehmerstaaten erreicht werden. Wir treten entschieden dafür ein, daß das Wiener Folgetreffen allen Menschen in den 35 beteiligten Ländern zugute kommt. Denn die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten bildet eine wesentliche Voraussetzung für Vertrauen, Verständigung und Zusammenarbeit auch auf dem Gebiet der Sicherheit und der Rüstungskontrolle und Abrüstung.

Wir halten fest an dem in der Schlußakte von Helsinki deklarierten Ziel der Überwindung der Konfrontation in Europa. Unser Kontinent muß seine Teilung überwinden. Der KSZE-Prozeß bleibt für uns das zentrale Element einer auf Frieden, Abrüstung, Wahrung der Menschenrechte und Zusammenarbeit gerichteten Politik. Ihr Ziel ist es, daß die Menschen und Völker sich ohne Angst voneinander in friedlichem Wettbewerb entwickeln können.

Herr Präsident, lassen Sie mich nun als Außenminister der Bundesrepublik Deutschland folgendes anschließen:

Die Herausforderungen unserer Zeit stellen uns vor geistig-ethische und politische Aufgaben, wie sie in dieser Tragweite noch keiner Generation vor uns aufgegeben waren. Wir leben unter der Last des Risikos, daß Vernichtungswaffen und ökologische Fehlentwicklungen den Menschen und der Natur, ja der Zukunft schlechthin, ein Ende setzen können. Wirtschaftliche Instabilität und Armut in der Dritten Welt verursachen weltweite soziale Spannungen.

Wir haben zu gleicher Zeit die Chance, unsere Welt humaner zu gestalten, und die Erde auch für eine wachsende Bevölkerungszahl unter menschenwürdigen Bedingungen bewohnbar zu erhalten. Das erfordert, sich größerer Verantwortung zu stellen und sich neuem Denken zu öffnen. Die Sicherung des Friedens und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen – für uns und künftige Generationen –, die Lösung der weltweiten sozialen und wirtschaftlichen Probleme müssen zum kategorischen Imperativ unseres politischen Handelns werden.

Wie lange wollen wir verantworten, daß die Rüstungsausgaben weltweit – bei Reichen und bei Armen – unvorstellbare Summen verschlingen! Wie lange wollen wir verantworten, daß wir den Gefahren für unsere Umwelt nur schrittweise zu Leibe rücken? Wir brauchen einen friedlichen weltweiten Feldzug zum Schutze unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Es gilt, Vorsorge zu treffen, daß wir unseren Kindern und Kindeskindern eine lebenswerte Umwelt hinterlassen. Die Einsicht, daß unsere Zukunft nur gemeinsam gesichert werden kann, verlangt die Mitwirkung aller. Sie verlangt, daß sich alle Völker ihrer Verantwortung für das Überleben der Menschheit, für das Überleben auch künftiger Generationen bewußt werden müssen. Diese Aufgabe kann von keiner Regierung, von keiner Staatengruppe und auch von keinem politischen System allein bewältigt werden. Zwei Millionen Jahre dauerte die Menschheitsgeschichte, bis es gegen 1800 die eine Milliarde Menschen gab. 1987 waren es schon fünf Milliarden. Bei einer ungebrochenen Fortsetzung dieser Entwicklung würden um 2050 schon mehr als zehn Milliarden Menschen die Erde bevölkern. Diese Größenordnungen zeigen das ganze Ausmaß der zu lösenden Probleme. Frieden, gemeinsame Verantwortung, Solidarität und Achtung vor dem anderen verlangen deshalb, daß alle Staaten des Nordens die Armut der Dritten Welt als gemeinsame Herausforderung erkennen. Die Entwicklung der Dritten Welt ist eine Gemeinschaftsaufgabe



Zum Sonderbeauftragten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für die Förderung der UN-Dekade der Behinderten (1983–1992) wurde mit Wirkung vom 1. April der Norweger Hans Hoegh nach Wien berufen. In der neugeschaffenen Position soll Hoegh den Generalsekretär über Möglichkeiten und Methoden der stärkeren öffentlichen Bewußtseinsbildung für die Sache der Behinderten beraten, den Mitgliedstaaten Ratschläge für die Durchführung der Zielsetzungen der Dekade anbieten und für die Aufbringung von Mitteln zur Unterstützung der Behinderten werben. — Hans Hoegh, am 1. September 1926 in Oslo geboren, war von 1982 bis Januar 1988 Generalsekretär der Liga der Gesellschaften vom Roten Kreuz und Roten Halbmond in Genf. Zuvor war er Präsident des Norwegischen Roten Kreuzes und Vorstandsmitglied des Internationalen Fonds für den Behindertensport.

der Staatengemeinschaft. Der UN-Bericht der norwegischen Ministerpräsidentin Brundtland hat den Teufelskreis herausgearbeitet, in den viele Länder der Dritten Welt tief verstrickt sind und aus dem sie sich ohne Hilfe nicht lösen können.

Es ist der Teufelskreis zwischen Armut und fortschreitender Umweltzerstörung, die wieder auf die wirtschaftlichen und ökologischen Systeme der Industriestaaten zurückwirkt. Der Kampf gegen die Armut in der Dritten Welt ist daher für die Industrieländer des Nordens nicht nur ein Gebot humanitärer Solidarität und wirtschaftlicher Vernunft, er ist auch ein Gebot, das gemeinsamen ökologischen Interessen folgt. Aber wichtiger noch: Der Kampf gegen Armut ist ein Beitrag zur Friedenssicherung. Der Brundtland-Bericht hebt aber auch die Chance hervor, die technologischen Fortschritte für das Wohl der Menschheit zu nutzen. Neue Hochtechnologien vermeiden Einsatz von Rohstoffen und Energie zur Schonung der Umwelt. Sie helfen uns, den Grundkonflikt zwischen Ökologie und Ökonomie zu mildern. Sie zeigen neue Wege, die weltweiten Probleme der Ernährung, der Gesundheitsfürsorge, der Ausbildung und der Energieversorgung zu lösen.

Was not tut, ist eine neue Ethik des Industriezeitalters, eine Ethik der Verantwortung gegenüber der Natur und der Stellung des Menschen in der Natur. Würde sich die Menschheit von den Bewohnern eines anderen Sterns bedroht fühlen, so würden die Völker dieser Erde schnell ihre Kräfte vereinen, sie würden sofort erkennen, daß das Überleben der Menschheit längst Aufgabe einer verantwortlichen Weltinnenpolitik geworden ist.

Alle sind gefragt: die Staaten in West und Ost und die Dritte Welt. Nur gemeinsam können wir Antworten auf die zahllosen Herausforderungen unserer Zeit finden:

- Der Frieden, den wir brauchen, ist mehr als die Ausschaltung von militärischen Konflikten. Er verlangt die Achtung der Menschenrechte, der bürgerlichen genauso wie der wirtschaftlichen und sozialen.
- Verantwortung für die Umwelt umfaßt die Wälder in Europa ebenso wie in den Tropen, die Gewässer hier wie dort und die Erdatmosphäre, die die ganze Erdkugel umschließt.
- Wir alle tragen Verantwortung für neue Technologien, die die Zukunft eröffnen — oder auch gefährden können.

Die Entwicklung der Technik, der Wirtschaft, der Ökologie haben weltweite Auswirkungen, sie beeinflussen sich wechselseitig. Es ist die zunehmende Interdependenz dieser Herausforderungen, die nach wirksamen Handlungsstrategien der Staatengemeinschaft verlangt. Wir müssen alle verfügbaren Instrumente internationaler Zusammenarbeit nutzen, damit nicht Krisen zu Kriegen, mangelnde Versorgung mit lebenswichtigen Gütern zu Hungersnöten und Umweltversäumnisse zu Katastrophen werden.

Aber das alles ist nicht möglich, wenn man sich gegenseitig abgrenzt, es verlangt Öffnung und Vertrauen. Die geschichtliche Erfahrung zweier Weltkriege, das Leben an der Nahtstelle zwischen West und Ost haben bei uns Deutschen das Bewußtsein gestärkt, daß unser Schicksal eingebettet ist in das Schicksal aller Völker Europas. Unsere Außenpolitik versteht sich als europäische Friedenspolitik. Unsere Verfassung, die uns aufgibt, die nationale und staatliche Einheit zu wahren, verpflichtet uns, in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen.

Der gemeinsamen Verantwortung für den Frieden stellen sich die Deutschen in beiden deutschen Staaten. So, wie der Außenminister der DDR, Herr Oskar Fischer, es tat, erkläre auch ich von dieser Stelle: Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg, sondern soll nurmehr Frieden ausgehen. Diese Verantwortungsgemeinschaft aller Deutschen dient allen Europäern.

Die Bundesrepublik Deutschland leistet als Mitglied der Europäischen Gemeinschaft einen bedeutsamen Beitrag zur Schaffung der Europäischen Union demokratischer Staaten. Die Europäische Gemeinschaft ist eine Gemeinschaft für Freiheit, Frieden, Fortschritt und soziale Gerechtigkeit. Ihr Herzstück ist die einzigartige deutsch-französische Partnerschaft.

Als Mitglied des Atlantischen Verteidigungsbündnisses arbeitet die Bundesrepublik Deutschland — wie im Harmel-Bericht 1967 formuliert — auf das Ziel hin, eine gerechte und dauerhafte Friedensordnung in Europa zu erreichen. Ausreichende militärische Sicherheit und Abrüstung und Rüstungskontrolle sind integrale, unverzichtbare Bestandteile unserer Sicherheitspolitik.

Jeder, dem es um die ernsthafte Suche nach ausgewogenen und nachprüfaren Rüstungskontrollabkommen geht, die zu mehr Stabilität führen, findet in der Bundesrepublik Deutschland einen engagierten und aufgeschlossenen Partner. Das INF-Abkommen, zu dessen Zustandekommen meine Regierung eigenständige, substantielle Beiträge geleistet hat, beweist dies. Die von uns nachhaltig unterstützte weitere drastische Reduzierung der strategischen Kernwaffen der USA und der Sowjetunion ist ein erreichbares Ziel.

Ich appelliere an beide Großmächte, alles zu unternehmen, damit sie sich noch in diesem Jahr über eine fünfzigprozentige Reduzierung ihrer strategischen Potentiale verständigen. Dauerhafte Festigung der strategischen Stabilität zwischen den Großmächten liegt im Sicherheitsinteresse aller Staaten. Einer zentralen Forderung des Schlußdokuments der ersten Sondergeneralversammlung würde damit Rechnung getragen.

Der Gipfel in Moskau hat der Menschheit neue Hoffnung gegeben. Die USA und die Sowjetunion haben ein neues Verhältnis zueinander gefunden. Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow stellen sich mit Weitsicht und Mut ihrer Verantwortung für den Frieden in der Welt. Sie setzen eine noch zarte Pflanze der Hoffnung, diese Pflanze braucht viele Gärtner. Ich rufe auf zu einer Allianz der Vernunft, um diese neue Entwicklung zu stärken und durchzusetzen gegen die Kleinmütigen und die Bösartigen, gegen die Kurzsichtigen und gegen diejenigen, die noch immer die Gefangenen ihrer Feindbilder sind.

In Europa gilt es, die neuen Entwicklungen in der Sowjetunion zu nutzen für die Schaffung einer Europäischen Friedensordnung, für den Bau eines Gemeinsamen Europäischen Hauses. Wir werden die Beziehungen meines Landes zur Sowjetunion, die von zentraler Bedeutung für die Erreichung dieses großen Zieles sind, ausbauen und entwickeln. Die Geschichte zeigt, wie bedeutsam das Verhältnis zwischen uns Deutschen und den Völkern der Sowjetunion für die Lage in Europa ist.

Herr Präsident, im Nuklearzeitalter kann und darf es nicht mehr darum gehen, Kriege zu führen und zu gewinnen. Das Denken in regional beschränkten atomaren Kriegsführungsszenarien muß aus den Köpfen von Planern und Theoretikern verschwinden. Nukleare Waffen haben eine politische Funktion: sie sind politische Mittel zur Kriegsverhinderung.

So richtig es ist, daß nach dem Zweiten Weltkrieg atomare Waffen zur Verhütung von Kriegen in Europa beigetragen haben, und so richtig es ist, daß wir sie auch für die absehbare Zukunft für die Strategie unseres Bündnisses, die auf Kriegsverhinderung gerichtet ist, brauchen werden, so wichtig ist es, die Abhängigkeit von der nuklearen Abschreckung durch kooperative Sicherheitspolitik zu mindern.

Die auch in der Abschreckung enthaltenen Risiken können nur durch verantwortliches und rationales Verhalten auf beiden Seiten beherrscht werden. Wir müssen die gleiche Verantwortung und die gleiche Vernunft einsetzen, um friedensbildende Strukturen zur Sicherung des gemeinsamen Überlebens zu schaffen. Hier darf es nicht weniger gegenseitiges Vertrauen geben. Es geht um die Schaffung zusätzlicher Sicherheit durch Beseitigung von Spannungsursachen und durch kooperative Strukturen.

Es ist Europa, das die Chance erhält, eine neue beispielhafte Qualität

von Sicherheit zu schaffen. 1988 muß das Jahr des Beginns der Verhandlungen über die konventionelle Stabilität werden. Das konventionelle Ungleichgewicht in Europa, die Überlegenheit des Ostens in militärischen Bereichen ist das Grundproblem der Sicherheit in Europa. Wir wollen für Europa ein System kooperativer Sicherheit, das Beginn und Führung eines konventionellen Krieges ausschließt.

In dieser Perspektive müssen die Verhandlungen über die konventionelle Stabilität gesehen werden. Wir wollen

- ein stabiles und gesichertes Gleichgewicht der konventionellen Streitkräfte auf niedrigerem Niveau und
- vordringlich die Beseitigung der Fähigkeit zu Überraschungsangriffen und zur Einleitung raumgreifender Offensiven.

Umfang, Bewaffnung, Dislozierung, Bereitschaftsgrad und Struktur der konventionellen Streitkräfte müssen so gestaltet und auf einen solchen Stand reduziert werden, wie es dem Postulat der Nichtangriffsfähigkeit entspricht. Das Ziel ist ein Zustand in Europa, bei dem keine Seite mehr die Fähigkeit zum Angriff auf fremdes Territorium besitzt. Für die Streitkräfte des Westlichen Bündnisses gilt das schon heute.

Aufbauend auf dem Erfolg der Stockholmer Konferenz wollen wir mehr Transparenz und Vertrauen in Europa schaffen. Wirkliche konventionelle Stabilität und weitere Vertrauensbildung verlangen auch die Verständigung über die der Verteidigung zugrundeliegenden Philosophien. Wir wollen ein gemeinsames Verständnis über die Aufgabenstellung der Streitkräfte auf beiden Seiten. Dies muß sich in Umfang, Ausrüstung und Führungsgrundsätzen für die Streitkräfte auf beiden Seiten ausdrücken. Sie sollen allein der Kriegsverhinderung und Selbstverteidigung dienen. Weltweit gewinnt die Einsicht an Boden, daß mehr Sicherheit mit weniger Waffen ein realistisches Ziel ist. Das ist ermutigend.

Die erschütternden Bilder vom Einsatz chemischer Waffen im Golfkrieg, die schrecklichen Leiden der Opfer verpflichten uns alle zu einem weltweiten C-Waffen-Verbotsabkommen. Nur ein weltweites Verbot kann der Proliferation dieser grausamen Waffenkategorie einen wirksamen Riegel vorschieben. Ein Abkommen über das vollständige und verifizierbare Verbot chemischer Waffen ist in Reichweite, es ist noch in diesem Jahr möglich. Der dieser Versammlung vorliegende Bericht der Genfer Abrüstungskonferenz belegt eindrucksvoll den Fortschritt der Arbeiten am Vertragsentwurf.

Ich appelliere an die Staatengemeinschaft, mit größtem Nachdruck auf die Überwindung der letzten Hindernisse hinzuwirken. Für die noch offenen Fragen des Vertragsentwurfs können praxisorientierte, konsensfähige Lösungen auf der Grundlage der sorgfältigen Vorarbeiten der Konferenz gefunden werden. Bei den schwierigen Verifikationsfragen können gemeinsame Anstrengungen eine Einigung möglich machen, die den Sicherheitsbedürfnissen aller Staaten Rechnung trägt. Diese Sondergeneralversammlung ist gefordert, ihr ganzes politisches Gewicht dafür einzusetzen, daß es noch in diesem Jahr zu einem Vertragsabschluß kommt. Chemische Waffen sind unmoralisch, sie dürfen keinen Platz mehr in den Waffenarsenalen dieser Welt haben.

Jüngste Einsätze von chemischen Waffen in Konflikten der Dritten Welt erfordern schon jetzt ein wirksames, jederzeit einsetzbares Instrument der Vereinten Nationen zur Aufklärung von mutmaßlichen Verstößen gegen das Genfer Protokoll von 1925. Wertvolle Vorarbeiten sind bereits in der Resolution 37/98 D geleistet. Verschiedene fact finding-Missionen des UN-Generalsekretärs haben bereits praktische Erfahrungen gebracht. Jetzt gilt es, in breiter Übereinstimmung Verfahren für internationale Untersuchungen festzulegen, die schnelle Aufklärung des Verdachts des Einsatzes chemischer Waffen verschaffen.

Die Weltgemeinschaft muß mit allen Mitteln deutlich machen, daß sie gegenüber Verstößen gegen das Genfer Protokoll nicht gleichgültig bleiben will. Ein solches Aufklärungsinstrument würde praktische Erfahrungen für die Ausgestaltung der Verifikationsorganisation des künftigen C-Waffen-Abkommens vermitteln. Es wäre auch ein wertvolles Präjudiz für weitere mögliche Instrumente des politischen Krisenmanagements im Bereich der Vereinten Nationen.

Herr Präsident, die neuen, grundlegenden Entwicklungen, die uns heute in Europa zu großen Hoffnungen auch im Bereich der Rüstungskontrolle und Abrüstung berechtigen, sind möglich geworden durch neue Einsichten. Aus ihnen können sich Strukturen einer neuen, kooperativen Sicherheitspolitik entwickeln, die den Rahmen für ein friedliches, gesichertes Miteinander der Völker und Menschen bilden. Diese Sondergeneralversammlung ist gefordert, die Frieden sichernde Kraft der Vereinten Nationen zu stärken und Parameter einer kooperativen Sicherheitspolitik im weltweiten Rahmen zu definieren.

Wichtige Elemente eines solchen Systems weltweiter Sicherheit sollten sein:

Erstens: Modernes sicherheitspolitisches Denken muß die ganze Rationalität auf die Sicherung des gemeinsamen Überlebens ausrichten. Auch die Sicherheitsinteressen der anderen Seite muß man achten. Streben nach Überlegenheit und Vorherrschaft darf es nicht mehr geben.

Zweitens: Zurückhaltung und nicht Suche nach einseitigen Vorteilen muß das Verhältnis der Staaten zueinander bestimmen. Das gilt nicht für West und Ost, es gilt genau so für das Verhältnis der Staaten des Nordens gegenüber den Staaten der Dritten Welt.



Federico Mayor Zaragoza ist neuer Generaldirektor der UNESCO. Er hat am 7. November 1987 die Nachfolge von Amadou Mahtar M'Bow (Senegal) angetreten, der 1974 erstmals als Generaldirektor gewählt und 1980 für eine zweite Amtsperiode bestätigt worden war. — Mayor Zaragoza, am 27. Januar 1934 in Barcelona geboren, studierte Pharmazie und promovierte 1963 in Madrid. Er schlug die wissenschaftliche Laufbahn ein und lehrte als Professor für Biochemie an der Universität Granada, deren Rektor er 1968 wurde. Von 1974 an war er zwei Jahre lang Unterstaatssekretär im spanischen Wissenschaftsministerium. Bei den ersten freien Wahlen nach Francos Tod wurde er 1977 für die Union des Demokratischen Zentrums (UCD) ins Parlament gewählt. Von August 1978 bis August 1981 war er Stellvertretender Generaldirektor der UNESCO, anschließend bis Ende 1982 spanischer Minister für Erziehung und Wissenschaft. Danach nahm er seine Lehrtätigkeit wieder auf und war 1983/84 zugleich Sonderberater des Generaldirektors der UNESCO.

Drittens: Gefordert ist der Abbau von Feindbildern, die Förderung von Friedensgesinnung und Achtung vor anderen Völkern, die Öffnung und die Demokratisierung und Humanisierung der Gesellschaften, die Verwirklichung der Menschenrechtspakte der Vereinten Nationen und anderer Zusagen, wie sie die Unterzeichnerstaaten der Schlußakte von Helsinki gegeben haben. Jeder Staat muß sich daran messen lassen, wie er sich gegenüber anderen Staaten und wie er sich gegenüber seinen eigenen Bürgern verhält.

Viertens: Die Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen in allen Bereichen muß verbreitert und vertieft werden. Wir müssen in unserer interdependenten Welt gegenseitige Abhängigkeiten im guten Sinne schaffen, die den Weg der gleichberechtigten Zusammenarbeit unumkehrbar machen.

Fünftens: Abrüstungsschritte müssen Überlegenheit abbauen und Gleichgewicht auf einem niedrigeren Niveau in allen Bereichen des militärischen Kräfteverhältnisses herstellen.

Sechstens: Abrüstungsschritte müssen mehr Sicherheit schaffen. Der Ersatz von Abrüstung in einem Bereich durch neue Rüstung an anderer Stelle schafft neue Instabilität und gefährdet damit die Abrüstung.

Siebtens: Qualitative Veränderungen der Struktur von Streitkräften müssen die Fähigkeit zur Invasion und zum Überraschungsangriff beseitigen.

Achtens: Wirksame Mechanismen eines weltweiten, politischen Krisenmanagements müssen verhindern, daß unvorhergesehene Konflikte eine krisenhafte Gefahr auslösen.

Neuntens: Vertrauensbildende Maßnahmen und Transparenz müssen weltweit verwirklicht werden. Der Abbau von Mißtrauen ist eine universale Aufgabe. Staaten, in die man begründetes Vertrauen setzen kann, werden nicht als bedrohlich empfunden.

Zehntens: Die weltweiten Rüstungsexporte müssen unter Kontrolle gebracht werden. Wir brauchen endlich ein Register der Vereinten Nationen über die Waffenexporte und -importe aller Staaten.

Nicht nur die am Konflikt beteiligten Staaten stehen in der Verantwortung. Gerade auch die Vereinten Nationen mit ihrem Instrumen-

tarium müssen und können hier beitragen. Friedenspolitik muß zunehmend universal angelegt sein. Diese universale Verantwortung für den Frieden sollte uns daher überlegen lassen, wie wir das Instrumentarium der Vereinten Nationen für die Friedenssicherung und Konfliktbewältigung stärker ausbauen können.

Wir sind offen für jeden konstruktiven Vorschlag. Salvador de Madariaga hatte schon 1929 festgestellt, daß das Problem der Abrüstung in Wirklichkeit das Problem der Organisation der Weltgemeinschaft sei.

Herr Präsident, unsere Kinder und Enkel werden uns daran messen, ob wir in der Lage waren, die Herausforderungen zu erkennen und die notwendigen Maßnahmen zu ihrer Bewältigung einzuleiten. Dabei gilt es, über den Tag hinaus zu sehen. Wir müssen nicht nur fragen: Was bringt uns dieser Schritt heute?, sondern auch: Können wir ihn morgen auch noch verantworten? Der Philosoph Hans Jonas sagte mit Blick auf menschliches Handeln, wie es sich in einem politisch-ethischen Prozeß manifestieren muß:

»... noch für das Unbekannte im voraus mitzuhaften, ist bei der letzten

Ungewissheit der Hoffnung gerade eine Bedingung handelnder Verantwortung: eben das, was man den Mut zur Verantwortung nennt.« Lassen Sie uns die Sicherung unserer Zukunft, des Überlebens der Menschheit als unsere gemeinsame Aufgabe — Ost wie West, Nord wie Süd — begreifen und entschlossen anpacken.

Herr Präsident, Sie werden die zwölf Staaten der Europäischen Gemeinschaft bereit finden, an den Beratungen und Textarbeiten der kommenden Wochen aktiv und konstruktiv teilzunehmen. Wir werden unseren Beitrag leisten zu einer Debatte, deren Schwerpunkt auf der gegenwärtigen Lage und den weiteren Zielen der Abrüstung und Rüstungskontrolle liegen muß. Wir werden uns für ein Schlußdokument einsetzen, das kurz und prägnant ist, das das Gemeinsame festschreibt und das im Konsens angenommen werden kann. Die Zwölf wollen den erfolgreichen Abschluß dieser Sondergeneralversammlung. Dafür werden wir uns engagieren. Dabei werden Sie, Herr Präsident, unsere Unterstützung haben.

Literaturhinweis

Hauser, Heinz-Michael: Reform der Entwicklungsfinanzierung durch »Automatisierung«? Begründung, Ausgestaltung und Umsetzung eines internationalen Reformkonzepts

Baden-Baden: Nomos (Reihe Internationale Kooperation, Bd.30) 1986
531 S., 96,— DM

Der Autor hat sich in diesem ursprünglich als Tübinger sozialwissenschaftliche Dissertation verfaßten Werk vorgenommen, die Behandlung eines bestimmten politischen Konzepts, nämlich der »automatischen« Finanzierung von Entwicklungshilfe, durch die verschiedenen Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen zu untersuchen. Er tut dies mit einer nahezu unheimlichen Gründlichkeit. So weist das Werk insgesamt über zweitausend Fußnoten auf. Man hätte ohne weiteres zwei Dissertationen aus dem Buch schneiden können, zum Beispiel eine finanzwissenschaftliche und eine politikwissenschaftliche. Die eine hätte sich mit der volkswirtschaftlichen Seite des Automatisierungskonzepts befaßt, die andere mit der Frage, wie ein solches Konzept in den Gremien der UNO durchgesetzt — beziehungsweise nicht durchgesetzt — wird. In der Tat ist das Buch so gegliedert: In seinem ersten Teil behandelt es die »ökonomische Grundlage und Ausgestaltung des Automatisierungskonzepts«, in seinem zweiten die »politische Verhandlung und Umsetzung des Automatisierungskonzepts«.

Zum Konzept selbst läßt sich sagen, daß es ein Geschöpf der Debatte um die Neue internationale Wirtschaftsordnung in den siebziger Jahren ist. Das bis heute bestehende politische Unvermögen der meisten wohlhabenden Länder, ihre Entwicklungshilfe gemäß dem zu Beginn der Zweiten Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen (1971—1980) vereinbarten 0,7-Prozent-Ziel zu erhöhen, führte dazu, daß neue Wege der externen Entwicklungsfinanzierung gesucht wurden. Ziel war es dabei, die Übertragung von 0,7vH des Bruttosozialprodukts in Form von Entwicklungshilfe zu »automatisieren«. Damit sollte ein bescheidener weltweiter Finanzausgleich erreicht werden, der — in Analogie zum nationalen Finanzausgleich — vom jeweiligen politischen Auf und Ab der nationalen Haushalte relativ unabhängig war. Bekannte Vorschläge dieser Art waren einmal die Nutzung der vom IMF neu geschaffenen Sonderziehungsrechte für Zwecke der Entwicklungshilfe (der sogenannte »link«), zum anderen die Einführung von nationalen oder internationalen Entwicklungshilfeabgaben. Ihren vorläufig letzten

Höhepunkt erreichten derartige Vorschläge im Bericht der Brandt-Kommission (1980). Seither ist es um diese Ideen recht ruhig geworden, allenfalls tauchen sie noch routinemäßig in bestimmten Resolutionen der Vereinten Nationen auf.

Der Verfasser untersucht an Hand einer riesigen Materialfülle — das enggedruckte Literaturverzeichnis umfaßt allein 27 Seiten und damit Hunderte von Titeln — die theoretischen Aspekte der verschiedenen Vorschläge. In seinem Streben nach umfassender Gründlichkeit bezieht er sogar Mittel in die Untersuchung ein, die in der gegebenen Wirtschaftsverfassung beim besten Willen nicht automatisierbar sind, nämlich den internationalen Handel und die Vergabe kommerzieller Kredite. Da er dem »link« in seiner Analyse eine eher untergeordnete Rolle zuweist und damit gleichzeitig die komplexen währungspolitischen Fragen dieser Form der Nutzung von Sonderziehungsrechten umgeht, konzentriert er sich schließlich auf diverse internationale Steuern als Instrumente zur automatisierten Finanzierung der Entwicklungshilfe (nicht der Entwicklung an sich, wie der Titel des Buches ankündigt). Nach langwieriger Erörterung der verschiedenen Vorschläge kommt er zum Schluß, daß eine Kombination von internationaler Handelssteuer und internationaler Besteuerung des Bruttosozialprodukts (S.213) am besten den Anforderungen an ein internationales Steuersystem — das heißt den Kriterien der Steigerungsfähigkeit, Allgemeinheit, Stetigkeit, Gleichmäßigkeit, Praktikabilität und, nicht zu vergessen, Gerechtigkeit (Leistungsfähigkeit) — entsprechen würde. Eine reine Handelssteuer wäre von ihrer Inzidenz her problematisch, da sie gerade die Staaten mit hoher Außenhandelsabhängigkeit, darunter viele Entwicklungsländer, besonders belasten würde. Eigene Vorstellungen entwickelt der Autor, der zu sehr in den finanzwirtschaftlichen Schematismen befangen bleibt, kaum. Es wäre zum Beispiel reizvoll gewesen, dem Gedanken einer universellen Energiebesteuerung nachzugehen.

Im zweiten Teil der Arbeit befaßt sich Hauser mit der Frage, wie das System der Vereinten Nationen die Vorschläge zur Automatisierung politisch behandelt hat. Nach dem von ihm gewählten politikwissenschaftlichen Ansatz (sogenannte Policy-Forschung) geht es darum zu untersuchen, wie eine bestimmte »policy« (eben die Automatisierungsidee) im Bereich der internationalen Organisationen (der »polity«) verfahrensmäßig (also durch »politics«) gehandhabt wird (vgl. dazu das auf S.236 angeführte Schema). Er unterscheidet ferner noch zwischen der Handhabung in den »Generalfora«, das heißt der Generalversammlung der Vereinten Nationen und der UNCTAD, und in

den »Sektoralfora«. Bei der zweiten Kategorie beschränkt sich der Verfasser auf drei Fälle, nämlich die Konferenz der Vereinten Nationen über Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung (Wien 1979), die Verhandlungen im Rahmen des UNEP im Anschluß an die 1977 in Nairobi abgehaltene UN-Konferenz über das Vordringen der Wüsten sowie die Seerechtskonferenz. Auch hier wird eine unglaubliche Menge an Material verarbeitet und in aller Breite dargestellt.

Es würde zu weit führen, den Verlauf der Verhandlungen in den genannten General- und Sektoralfora nachzuzeichnen. Es mag an dieser Stelle genügen festzustellen, daß sie sämtlich nicht das angestrebte Ziel, nämlich die Automatisierung gewisser Entwicklungshilfeleistungen, erreichten. Der Verfasser untersucht, welche Interessenkonstellationen verhinderten, daß eine solche »policy« zustande kam. Er stellt dabei »strukturelle Restriktionen« sowohl bei westlichen und östlichen Industrieländern als auch bei den verschiedenen Gruppen der Entwicklungsländer fest: einen Widerstand der Industrieländer dagegen, die Verfügungsgewalt über einen Teil der Entwicklungshilfe aufzugeben beziehungsweise an schwer kontrollierbare internationale Institutionen zu übertragen, und — vielleicht das interessanteste Ergebnis — sehr unterschiedliche Interessenkonstellationen auf Seiten der Entwicklungsländer. Insbesondere die im internationalen Verhandlungsprozeß einflußreichen Entwicklungsländer — die OPEC-Staaten und eine Minderheit sich rasch industrialisierender Länder (sogenannte NICs) — wollten ebensowenig wie die Industrieländer ihre tatsächlichen (oder erwarteten) Machtpositionen in der Entwicklungshilfe aufgeben. Die eigentlich bedürftigen Entwicklungsländer wiederum waren zu schwach, in diesem Prozeß die Automatisierung durchzusetzen. Hinzu kommt, daß der weltwirtschaftliche Abschwung der siebziger und achtziger Jahre den Entwicklungshilfe-Egoismus der Industrieländer eher noch verstärkte und die Verhandlungsmacht der Entwicklungsländer weiter schwächte.

Man muß sich natürlich fragen, wem eine solche Studie nützt. Sie wäre, insbesondere in ihrem zweiten Teil, als Politikbeschreibung des Systems der Vereinten Nationen, interessant, wenn der Verfasser es erreicht hätte, sie interessant zu machen. Leider ist das Buch derart schwierig in seiner Terminologie und seiner Gliederung (von der verwirrenden Handhabung des Anmerkungsapparates und der Abkürzungen ganz zu schweigen), daß die Lektüre selbst für den interessierten Fachmann zur Zumutung wird. Es ist bedauerlich, daß der Verfasser es nicht verstand, seine große Sachkenntnis in eine verständliche Darstellung umzusetzen und die große Materialfülle besser zu bewältigen.

Horst Wiesebach □